

Das plant Syngenta nach dem Pestizid-Triumph

Neue Unkrautvernichter Trotz des Abstimmungssieges muss sich der Agrarchemieriese neu positionieren, um im Geschäft zu bleiben: In Europa sollen die Risiken, die von Spritzmitteln ausgehen, reduziert werden.

Isabel Strassheim

Eigentlicher Gewinner bei beiden Agrarinitiativen sind nicht die Bäuerinnen und Bauern – sondern ist Syngenta, der weltgrösste Hersteller von synthetischen Pflanzenschutzmitteln. Sein Spritzmittel Avoxa gegen Unkräuter und Ungräser in Getreidefeldern wird nun weiter in der Schweiz versprüht.

Doch die Landwirtschaft soll sich in den nächsten Jahren auch ohne die gescheiterten Initiativen stark ändern. Zum einen wegen eines geplanten Pestizidgesetzes. Zum anderen wegen der neuen Trends zu Präzisionslandwirtschaft und geneditiertem Saatgut.

«Der Markt bei Pflanzenschutzmitteln wird sich verändern», sagt Olivier Felix vom Bundesamt für Landwirtschaft. Anfang 2023 soll ein neues Gesetz die Reduktion der Risiken von Pestiziden vorschreiben, bis Mitte August sind die neuen Vorschriften in der Vernehmlassung.

Vorgesehen ist, dass alle zugelassenen Spritzmittel neu überprüft werden müssen. Solche, die im Vergleich zu anderen Produkten ein höheres Risiko für Biodiversität und Gewässer darstellen, dürfen von Landwirten, die Direktzahlungen bekommen, nicht mehr eingesetzt werden.

«Wir haben es geschafft, die Abbauzeit zu reduzieren»

Ziel ist, die Risiken bis 2027 zu halbieren. In einem Zwischenbericht soll 2025 festgestellt werden, ob dieser Zeitplan eingehalten werden kann. «Zeichnet sich ab, dass die Risiken nicht zurückgehen, kann für hochtoxische Pestizide die Zulassung zurückgezogen werden», erklärt Felix. Sprich: Reicht der Stupser bei den Landwirten über die gestrichenen Direktzahlungen nicht aus, dann werden riskante Spritzmittel vom Markt genommen.

Für Syngenta heisst das, dass sich die Firma mit neuen Produkten positionieren muss, um weiter im Geschäft zu bleiben.



Bohnen in einem Syngenta-Labor: Der Konzern will seinen Kurs anpassen. Foto: Gaëtan Bally (Keystone)

«Mit dem Wechsel zu weniger giftigen Produkten in Europa will Syngenta nur künftigen Verboten zuvorkommen.»

Oliver Classen
Sprecher Public Eye

Das gilt für den ganzen europäischen Markt, denn die Regeln in der Schweiz und der EU sind harmonisiert. Die EU hat mit ihrem Green Deal ähnliche Reduktionsziele. «Null Rückstände sind zwar unmöglich, aber wir haben es geschafft, die Abbauzeit und die Rückstände in der Ernte und dem Boden extrem stark zu reduzieren», sagt Forschungschefin Camilla Corsi.

Syngenta muss Trends früh vorwegnehmen können. Denn um einen Wirkstoff zu finden und auf seine Umweltrisiken zu testen, braucht Syngenta bis zu vier Jahre. Die Kosten dafür belaufen sich im Schnitt auf rund 280 Millionen Dollar. Weitere fünf bis sechs Jahre dauert das Zulassungsverfahren. Viel dieser Arbeit geschieht in der Schweiz: Das grösste Forschungszentrum des inzwischen nach China verkauften Konzerns liegt immer noch in Stein AG.

Obwohl der Konzern weiterhin das hochgiftige Spritzmittel Paraquat vertreibt, arbeitet er schon seit Jahren auch an risikoreicheren Chemikalien. Syngenta will nicht nur die Rückstände reduzieren, die Pestizide sollen auch zielgenauer werden.

Um Risiken zu reduzieren, muss man diese auch messen. «Dafür braucht es transparente, risikobasierte Indikatoren, die das

Schadenpotenzial für Mensch und Umwelt berücksichtigen», sagt Robert Finger, Professor für Agrarökonomie und -politik an der ETH Zürich. Die Zielerreichung sollte zudem regelmässig überprüft werden und die Ergebnisse öffentlich zugänglich sein. «Wir müssen dazu auch wissen, wann, wo und in welchen Mengen Pflanzenschutzmittel genau zum Einsatz kommen», fordert Finger.

Laut Olivier Felix, der beim Bundesamt für Landwirtschaft den Aktionsplan Pflanzenschutzmittel koordiniert, sollen die Messungen die Giftigkeit einer Substanz definieren und die vorgesehenen Reduktionsziele für die nächsten fünf Jahre berücksichtigen.

Für Public Eye ist Syngenta weiterhin unverantwortlich

Die Pestizide in der Schweiz dürften also auch ohne Generalverbot umweltfreundlicher werden. Für die Menschenrechtsorganisation Public Eye bleibt Syngenta trotz dem Wandel ein unverantwortliches Unternehmen. «Das Geschäftsmodell hat sich nicht verändert. Mit dem Wechsel zu weniger giftigen Produkten in Europa will Syngenta nur künftigen Verboten zuvorkommen», kritisiert Sprecher Oliver Classen. Dem Konzern gehe es nach wie vor allein um Rendite.

Nicht nur den Ansprüchen von NGOs, auch den eigenen Wachstumszielen konnte Syngenta nicht genügen. Das zeigt ein Rückblick: 2013 setzte sich der Konzern die Vorgabe, bis 2020 allein bei «strategischen Nutzpflanzen» wie Mais oder Weizen einen Jahresumsatz von 25 Milliarden Dollar zu erzielen. Die Getreidepreise boomten damals, und der Konzern wuchs jährlich um rund zehn Prozent. Tatsächlich erreichte der Gesamtumsatz von Syngenta im vergangenen Jahr gerade einmal 14,3 Milliarden Dollar, und das Wachstum lag bei fünf Prozent.

Wir oder die Welt – China zwingt ausländische Firmen, sich zu entscheiden

Brisantes Gesetz Peking setzt die internationale Wirtschaft unter Druck: Unterstützt ein Unternehmen US-Sanktionen, wird es bestraft.

Es war vor genau einer Woche, als die chinesischen Zeitungen und die amtliche Nachrichtenagentur zum ersten Mal von diesem neuen Gesetz berichteten, das bereits zur zweiten Lesung dem Ständigen Ausschuss des Volkskongresses vorgelegt wurde: dem Anti-Sanktionsgesetz.

Einen Entwurf kannte niemand. Veröffentlicht wurde der Text dann Ende vergangener Woche, da war das Gesetz, das ausländische Unternehmen bald zwingen könnte, sich zwischen China oder dem Rest der Welt zu entscheiden, längst in Kraft getreten. Die meisten ausländischen Firmen in China können noch gar nicht richtig fassen, was gerade passiert ist. Wie gefährlich das Gesetz einmal für sie werden kann.

«Europäische Unternehmen in China sind schockiert über die mangelnde Transparenz und die Geschwindigkeit dieses Pro-

zesses», moniert Jörg Wuttke, Präsident der Europäischen Handelskammer in Peking. Ihr gehören auch die Schweizer Firmen ABB, Nestlé oder Clariant an. «Diese Aktion ist nicht förderlich, um ausländische Investitionen anzuziehen oder Unternehmen zu beruhigen, die bereits das Gefühl haben, als Bauern in einem politischen Schachspiel verwendet zu werden.»

Lediglich 16 Artikel umfasst das neue Gesetz. Oberflächlich betrachtet bildet es nur eine Reihe von Vergeltungsmassnahmen ab, die Peking ohnehin stets als Reaktion auf westliche Sanktionen ergriffen hat. Die Gefahr für ausländische Firmen verbirgt sich vor allem in Artikel zwölf des neuen Gesetzes, wonach Einzelpersonen und Institutionen (also auch Unternehmen) mit rechtlichen Konsequenzen rechnen müssen, wenn sie Sanktionen, die gegen die Volksrepublik oder chine-

«Kooperation ist die beste Option, aber die USA wollen sie nicht. Also ist Vergeltung die zweitbeste Option.»

Wang Jianguo
Rechtsprofessor,
City University of Hong Kong

sische Organisationen gerichtet sind, umsetzen.

In der Konsequenz bedeutet das: Wenn eine ausländische Firma etwa amerikanische Sanktionen gegen einen chinesischen Konzern einhält, droht dem Unternehmen in China ein Gerichtsverfahren, und da China kein Rechtsstaat ist, dürfte klar

sein, zu wessen Gunsten die Urteile ausfallen werden.

«Früher hatte China weder die wirtschaftliche Macht noch den politischen Willen, mit legalen Mitteln gegen die US-Sanktionen vorzugehen. Jetzt hat es beides», sagt Wang Jianguo, Rechtsprofessor an der City University of Hong Kong. «Kooperation ist die beste Option, aber die USA wollen sie nicht. Also ist Vergeltung, wie mit diesem neuen Gesetz, die zweitbeste Option.»

Angelehnt ist das chinesische Gesetz an das sogenannte Blockade-Statut, das die EU 1996 eingeführt hatte, um europäische Unternehmen vor US-Sanktionen gegen Libyen, Iran und Kuba zu schützen. China ist allerdings im Unterschied zur EU das direkte Ziel der Sanktionen und versucht sich nun selbst zu schützen.

Der Netzwerkausrüster Huawei könne jetzt etwa den taiwanischen «Halbleiterhersteller

TSMC wegen wirtschaftlicher Verluste verklagen», erklärt Tian Feilong, Professor für Rechtswissenschaften an der Pekinger Beihang-Universität, der an der Ausarbeitung des Gesetzes beteiligt gewesen ist. «Verliert TSMC vor unserem Gericht, müsste TSMC sich entscheiden, ob es die US-Sanktionen oder das Anti-Sanktionsgesetz in China respektiert, da es an beiden Orten grosse Interessen hat.»

Die USA ihrerseits haben mit schwarzer Liste vorgelegt

Inwieweit europäische Unternehmen nun von dem chinesischen Gesetz betroffen sind, ist unklar. Fakt ist jedoch, dass insbesondere die USA China zunehmend ins Visier nehmen – wegen des Vorgehens in Hongkong und den Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang, aber auch in Handels- und Technologiefragen. US-Präsident Joe

Biden setzte vor wenigen Tagen 59 chinesische Firmen mit Verbindungen zu Verteidigungs- oder Überwachungstechnologie auf eine schwarze Liste, die bereits von seinem Vorgänger Trump angelegt worden war, auch Huawei steht darauf.

Amerikanische Investoren dürfen demnach vom 2. August an nicht mehr mit Wertpapieren dieser Unternehmen handeln – ein erster Test für das neue Gesetz. Bis dahin gibt sich die chinesische Regierung betont freundlich: «China heisst ausländische Unternehmen immer willkommen und unterstützt sie dabei, Geschäfte in unserem Land zu tätigen und ihre Rechte und Interessen in Übereinstimmung mit dem Gesetz zu schützen», sagt ein Sprecher des Pekinger Aussenamtes. «Chinas Tür wird sich immer weiter öffnen.»

Christoph Giesen, Peking